

Kapitel 5

Die geteilte Welt

Der materielle Ausgleich ist ein wichtiger politischer Grundsatz unserer Gesellschaft. Er leitet sich aus einer doppelten Ungerechtigkeit bei der Güterverteilung ab. Zum einen ist das Eigentum nicht gleich verteilt. Zum anderen haben die Reichen, die über viel Kapital verfügen, auch die größten Chancen, ihr Vermögen zu vermehren. Dabei besitzen wenige viel, während viele nur wenig haben. Vor diesem Hintergrund steht die Idee der Gerechtigkeit. Die herkömmliche Ethik des Teilens lässt ein einen Reflex auf die gewaltigen Vermögensunterschiede unter den Gesellschaftsschichten, Rassen und Völkern interpretieren. Sie verpflichtet uns zu teilen, um ökonomisch oder sozial bedingte Ungerechtigkeiten auszugleichen. Damit ist das Teilen ein Korrektiv dafür, dass die Welt nicht so ist, wie sie sein sollte.

Wir sollten teilen, weil die Welt nicht so ist,
wie sie sein sollte.

Über die Ungerechtigkeit der Güterverteilung gibt es viele Statistiken und Vergleiche. Eine Familie in der Dritten Welt muss beispielsweise von einem Betrag im Monat leben, der einem Wohlstandbürger in Deutschland nicht reichen würde, um in einer Gaststätte zu Mittag zu essen. Auch innerhalb unseres Landes lassen sich gravierende Abweichungen in Vermögensverhältnissen feststellen. So wird beispielsweise kritisiert, dass von der Gehalts-

hälfte eines Konzernvorstandes Hunderte von Arbeitsplätzen eingerichtet werden könnten. Solche Vergleiche sind wichtig, um auf die Notwendigkeit des Teilens hinzuweisen. Sie bewirken allerdings nicht allzu viel. Eine, der Gründe dafür liegt darin, dass die Kritik keine positiven Folgen nach sich zieht.

Die Rolle der Wohlstandselite

Glaubt man den Medienberichten, droht unsere Gesellschaft immer mehr ihre ethischen Grundlagen zu verlieren, weil die Wohlstandselite mit schlechtem Beispiel vorangeht. Fast tagtäglich erreichen uns Nachrichten, die ein sehr trübes Bild der ethischen Qualitäten unserer prominenten Mitbürger zeigen. Einige, die Millionen verdienen, sind offensichtlich mit ihrem Vermögensverhältnissen noch nicht ganz zufrieden. Sie transferieren beispielsweise ihr Geld auf illegale Weise ins Ausland, um keine Steuern zahlen zu müssen. Andere tragen ihren Reichtum zur Schau und leben nach dem Prinzip der Verschwendung. Die Egozentrik, die im verschwenderischen und betrügerischen Umgang mit dem Geld zum Vorschein kommt, zerstört das ethische Bewusstsein der Bevölkerung. Die Medien vermitteln uns immer mehr das Bild, dass die Reichen dem Egoismus frönen und sich immer weniger für das Schicksal des Landes interessieren. Ob das wirklich stimmt, sei dahin gestellt. Entscheidend ist nur die negative Wirkung. So sind heute viele Bürger der Meinung, dass sich die Wohlstandselite voll ihr Lebensglück gönnt, während sie immer weniger besitzen.

Es gibt keine Ethik, die nur für Reiche gilt. Deshalb darf sich die Wohlstandselite keine ethischen Freiheiten herausnehmen.

Wenn sie es trotzdem tut, untergräbt sie die sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft. Das hat auch verheerende moralische Konsequenzen.

Viele Menschen sind von den Reichen enttäuscht. Auf der anderen Seite versuchen sie ihnen nachzueifern und geben deshalb ihre sozialen Wertvorstellungen immer mehr auf. Das führt zum allgemeinen Sittenverfall, der auch unsere Gesellschaft als Ganzes tangiert. Denn ohne ethisches Wertebewusstsein richten wir auch unseren Wohlstand zugrunde.

Der Verschwendungsdrang der Wohlstandselite
untergräbt unser ethisches Wertebewusstsein.

Würde die Wohlstandselite beim Teilen im breiten Ausmaß mit gutem Beispiel vorangehen, hätten wir ein paar Probleme weniger. Die öffentliche Auseinandersetzung über die Gerechtigkeit der Besitzverhältnisse würde dadurch allerdings noch nicht zum Abschluss kommen. Das liegt daran, dass sie auf einem faktischen Gegensatz beruht. Denn in unserem gesellschaftlichen Leben stehen sich Ökonomie und Ethik als zwei unterschiedliche Bewusstseinsformen gegenüber, die häufig für Zielkonflikte sorgen.

Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ethik

Schauen wir uns die Spannung zwischen dem ökonomischen und dem ethischen Bewusstsein etwas genauer an. Sie spiegelt sich in einer volkstümlichen Redewendung wider: Bei Geld hört die Freundschaft auf. Warum eigentlich? Warum trennen wir zwischen wirtschaftlichem Denken und sozialer Einstellung? Und warum

ist es so schwer, ökonomische und ethische Zielvorstellungen unter ein gemeinsames Dach zu bringen?

Ein Problem liegt im unbedingten Charakter ethischer Forderungen. Ein Paradebeispiel dafür ist der kategorische Imperativ. Es handelt sich dabei um ein strenges Soll-Gebot, das keine Kompromisse zulässt. Wir sollten uns danach richten, egal, welche Folgen sich daraus ergeben. Auch wenn wir dadurch zum Beispiel unseren Arbeitsplatz verlieren würden, gilt es, das vorgeschriebene Gebot einzuhalten. Dies ist ziemlich realitätsfremd, da wir zu der Haltung der ethischen Unbedingtheit oft einfach nicht in der Lage sind. Wir sehen auch kaum einen Sinn darin, sittlich zu handeln, wenn wir uns dadurch selbst in das eigene Fleisch schneiden. Wir haben zwar ein schlechtes Gewissen, wenn wir etwas Unrechtes tun. Doch wir folgen oft nicht den ethischen Geboten, wenn unsere ökonomischen Interessen bedroht sind.

Unsere Gesellschaft hat das Dilemma erkannt. Sie hat eine unsichtbare Mauer zwischen der wirtschaftlichen und der sozialen Sphäre errichtet. Diese soll uns davor schützen, in unauflösbare Zielkonflikte von Ökonomie und Ethik zu geraten. Wir haben diese Mauer im Kopf, wenn wir zum Beispiel über geschäftliche Dinge reden. Deshalb hört bei vielen die Freundschaft auf, wenn es um Geld geht. Davon ist auch das Teilen betroffen. Viele teilen dann nicht, wenn es sich dabei nicht um Freundschaft, sondern um Geld handelt.

Ökonomie und Ethik sind in unserer Gesellschaft zu ambivalenten Bewusstseinsformen geworden. Sie stehen im inneren

Wettbewerb um das Weisungsrecht für unsere beruflichen und privaten Alltagsentscheidungen. Doch es handelt sich um zwei ungleiche Konkurrenten. Denn die ökonomische Einflussosphäre verfügt über erheblich mehr Macht. Das Kalküldenken der Egozentrik drängt die ethische Einstellung des Teilens immer mehr an den Rand der Gesellschaft.

| *Das strategische Kalküldenken verdrängt immer
mehr die ethische Einstellung des Teilens.*

Wir verzichten nicht auf die Ethik insgesamt. Wir verbannen sie aber zunehmend aus dem wirtschaftlichen Bereich, weil ihre Grundsätze dort nicht konfliktfrei zu realisieren sind. So lässt die kapitalistische Wirtschaft ethische Anforderungen lieber links liegen und konzentriert sich auf ökonomische Zielsetzungen, die auf die Gewinnmaximierung ausgerichtet sind und deshalb die Schaffung von Ungleichgewichten fördern. Dieser Prozess erfordert sozialen Ausgleich, für den normalerweise die Ordnungspolitik zuständig ist.

Die Bürde der Ordnungspolitik

Wir leben in einem ambivalenten Wertesystem, in dem der Ordnungspolitik eine Brückenfunktion zukommt. Die freie Wirtschaft strebt nach Profit. Die Gesellschaft soll sich an sozialen Werten orientieren. Der Staat hat eine ausgleichende Aufgabe, indem er entstehende Ungleichgewichte korrigiert. Das Ganze ergibt die soziale Marktwirtschaft. So lautet wenigstens die Theorie. Die Praxis sieht anders aus. Die ausgleichende Ordnungspolitik kann ihre Aufgaben nicht mehr so gut bewältigen wie

früher. Angesichts der globalen Entwicklungen ist sie kaum noch in der Lage, das Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich zu stoppen. Liegt das etwa an der Kompetenz der Politiker oder an den Spielregeln des Wirtschaftssystems?

Die Antwort lautet einerseits „sowohl als auch“. Sowohl politische Entscheidungen als auch ökonomische Zwänge tragen zur Verschärfung sozialer Probleme bei. Andererseits lautet die Antwort „weder noch“. Denn weder die Politik noch die Wirtschaft können die sozialen Probleme lösen, wenn sich die Elite selbst nur an eigenen Interessen orientiert und keine soziale Verantwortung übernimmt.

Wir wurden jahrzehntelang daran gewöhnt, dass die Ordnungspolitik für den sozialen Ausgleich zuständig war. Davon profitierte das Gewissen der Wohlstandsbürger. Sie konnten die Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft an den Staat delegieren. Von diesem vermeintlichen Delegationsrecht haben sie stets regen Gebrauch gemacht. Wir glaubten lange Zeit, dass die soziale Marktwirtschaft für die Prosperität und Stabilität sorgen würde, während wir uns auf uns selbst konzentrieren durften. Jetzt merken wir langsam, dass das ein Trugschluss war. Die Ressourcen und Handlungsspielräume der Ordnungspolitik nehmen ab, während ökonomische Ungleichgewichte zunehmen. Deshalb sollten wir uns alle wieder auf unsere soziale Verantwortung besinnen.

| *Die Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft
darf nicht nur an den Staat delegiert werden.*

Was passiert, wenn wir nur noch als Egozentriker denken und handeln? Dann nutzen wir die Spielräume, die uns zur Ausschöpfung unserer eigenen Vorteile geboten werden. Diese Einstellung wurde im letzten Kapitel als „Schlauheit“ dargestellt. An dieser Stelle wollen wir uns etwas genauer anschauen, welchen Schaden sie der Allgemeinheit zufügt.

Die ausgebeuteten Ordnungsregeln

Die meisten Ordnungsregeln unserer Gesellschaft sind gut und zweckmäßig. Sie werden aber oft nicht als Ordnungsregeln befolgt, sondern zunehmend strategisch zum eigenen Vorteil angewandt. Daraus ergeben sich schwerwiegende Folgen. Nehmen wir als Beispiel nur unser Gesundheitssystem. Als die Bundesrepublik Deutschland noch eine junge Demokratie war, deren Bürger sich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentrierten, achtete der Staat besonders auf die soziale Fürsorge. Aus dieser Zeit stammt eine Reihe von Regeln, die auf die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit zielten. Dazu zählte zum Beispiel die Gewährung von Kuraufenthalten. Diese waren als Kompensationsleistung für diejenigen gemeint, die schwer arbeiten mussten, ohne sich im Rahmen der eigenen finanziellen Möglichkeiten regenerieren zu können. Der kostenlose Kuraufenthalt ist heute keine selbstverständliche Leistung der gesetzlichen Krankenkassen mehr. Es ist einfach zu teuer geworden, ihn allen denjenigen zu bewilligen, die ihn beantragen. Die Anzahl der Anträge stieg dabei nicht etwa deshalb an, weil immer mehr Bürger kurbedürftig wurden. Sie erhöhte sich vielmehr in dem Maße, wie die Regelung strategisch zum eigenen Vorteil ausgebeutet wurde.

Ein anderes Beispiel stellt die Besteuerung dar. Eine grundsätzliche Regel unseres Steuersystems besagt, dass die Gutverdienenden einen Teil ihrer Gewinne als Steuern abführen sollten. Sozial ist diese Regel sehr vernünftig. Der Gewinn wird geteilt, damit wir alle etwas davon haben. Die Praxis sieht jedoch anders aus. Das Besteuerungssystem ist unübersichtlich und sehr aufwendig. Jedes Jahr kommen neue Regeln dazu. Sie werden mit der Absicht erlassen, das System besser zu machen und bewirken gerade das Gegenteil. Die profitablen Unternehmen begnügen sich schon lange nicht damit, Gewinne zu erwirtschaften, um diese anschließend besteuern zu lassen. Vielmehr beuten sie die gesetzlichen Regelungen strategisch aus. Sie versuchen, den Gewinn zu minimieren und buchungstechnisch so auszuweisen, dass sie möglichst geringe Steuern zahlen müssen. Zu diesem Zwecke beschäftigen sie hochqualifizierte und hochbezahlte Finanzexperten.

| *Die Ordnungsregeln der Solidargemeinschaft scheitern
an strategischem Denken.*

Wenn Regeln strategisch angewandt werden, muss die Fehlentwicklung korrigiert werden. Dabei wird meistens ein recht untaugliches Verfahren praktiziert. Die Ordnungspolitik erlässt weitere Regeln, die das Wirtschaftssystem nur komplexer und damit ineffizienter machen, weil sie den Egoismus nur weiter fördern, anstatt ihn zu dämpfen. Dagegen wäre es notwendig, das System zu vereinfachen und dabei seine Ambivalenzen zwischen Ökonomie und Ethik auszugleichen.

Das System und die Ambivalenzen

Die erste Ambivalenz besteht darin, dass unser Wirtschaftssystem zwar sehr komplex, aber überhaupt nicht kompliziert ist. Die Komplexität beschreibt dabei die Grundstruktur des Systems. Die Kompliziertheit bezieht sich dagegen auf die Fähigkeit der Akteure, in dem System zurechtzukommen. In einer komplexen Struktur gibt es eine unendliche Anzahl von Situationen und Varianten. Kompliziert ist ein System, wenn die Akteure möglichst viele dieser Varianten beherrschen müssen, um erfolgreich agieren zu können.

Unser Wirtschaftssystem ist sehr komplex. Es ist aber überhaupt nicht kompliziert. Deshalb kann jeder Akteur ohne große Mühe mitspielen. Dies ist allerdings an die Bedingung geknüpft, dass er sich egoistisch verhält. In ein paar Jahren vom Tellerwäscher bis zum Millionär. Dieser Traum ist unzählige Male in Erfüllung gegangen. Ausschlaggebend dafür war meistens die Fähigkeit, sich einzig und allein auf die Verfolgung der eigenen Ziele zu konzentrieren. Man machte sich nicht viel Gedanken über die Komplexität des Systems, sondern folgte zielstrebig der persönlichen Erfolgsvision.

Eine geringe Kompliziertheit ist an sich gut. Sie lässt zu, dass recht viele mitspielen können und von dem System profitieren. Das System wird aber immer instabiler, wenn sich immer mehr Akteure vom eigenen Interesse leiten lassen, ohne die gesamte Komplexität zu überblicken. Das gilt vor allem für Managementkarrieren. Wer als Spieler erfolgreich war, muss nicht unbedingt ein guter Trainer sein. Bei Management ist es ähnlich. Ent-

scheidend für den Führungserfolg sind nicht die eigenen Erfolge, die man innerhalb des Systems erreicht hat. Vielmehr kommt es darauf an, die Funktionsweisen des Systems als Ganzes zu erfassen, um es steuern zu können.

Wer an die Führungsspitze kommen will, muss sich dem Wettbewerb um Leitungsfunktionen stellen. Dabei ist es nicht möglich, dass alle Akteure jede Position erreichen. Nur die Besten haben die Chance, sich durchzusetzen. Damit kommt ein zweites Ambivalenzmerkmal zum Vorschein. Unser Wirtschaftssystem ist wettbewerbsorientiert, aber nicht zukunftssichernd. Denn was in den Kapitalgesellschaften zunehmend zählt, ist der kurzfristige Erfolg. Das Management kommt aus dem Leistungsdruck nicht heraus. Wer dreimal hintereinander verloren hat, ist als Trainer gefährdet. Bei Geschäftsführern und Vorständen gelten ähnliche Leistungsstandards. Diese kurzfristige Erfolgsperspektive beeinflusst unternehmerisches Handeln. Sie gibt auch dem Eigeninteresse neue Nahrung. Bei ihren Entscheidungen denken die Akteure oft nur noch an sich selbst. Das spiegelt sich in den Arbeitsverträgen wider. Ein Manager kann wie ein Trainer zwar von heute auf morgen entlassen werden. Deswegen muss er aber nicht auf sein Geld verzichten. Er bekommt in der Regel eine beträchtliche Abfindung, weil er sich gegen diesen Fall vertraglich abgesichert hat. Die Ausstiegsprämie wird ganz unabhängig davon gezahlt, was man eigentlich geleistet hat und wie es dem Unternehmen wirtschaftlich geht.

Die Priorität des Eigeninteresses ist eine Reaktion auf den enormen kurzfristigen Erfolgsdruck. Dadurch wird die Egozen-

trik gefördert. Immer weniger Entscheider denken zukunftsorientiert. Stattdessen verwenden sie einen großen Teil ihrer Energien auf ihre eigene Absicherung. Unter diesen Bedingungen wird unser Wirtschaftssystem immer instabiler. Damit macht sich ein drittes Ambivalenzmerkmal bemerkbar. Unser ökonomisches System belohnt die Leistung des Managements. Es stärkt aber nicht die Stabilität der Unternehmen. Mit seinen Entscheidungen bestimmt das Management die Unternehmensentwicklung. Hier kommt es häufig zu Zielkonflikten. Um entwicklungsfähig zu bleiben, müsste das Unternehmen auch bereit sein, in die Zukunft zu investieren, auch wenn man dadurch vorübergehende Durststrecken in Kauf nehmen würde. Das scheitert oft an kurzfristiger Erfolgsorientierung. Wem wollen wir dafür die Schuld geben? Die Gefahr ist groß, dass hier das Management verurteilt wird. Das wäre aber falsch. Denn auch in diesem Fall verhalten sich die Führungsverantwortlichen nur systemkonform.

| *Unser Wirtschaftssystem fördert den Egoismus
der Führungsverantwortlichen.*

Der strategische Egoismus greift nicht nur im Wirtschaftsbereich immer mehr um sich. Im Zuge der Kommerzialisierung bestimmt er auch zunehmend das soziale Zusammenleben. Schritt für Schritt verschwindet die Ethik aus dem Bewusstsein der erfolgsorientierten Akteure. Ist das eine zwangsläufige Folge des Spätkapitalismus oder können die Unternehmen etwas dagegen tun?

Ethik als unternehmerische Herausforderung

Die wirtschaftlichen Prozesse des Kapitalismus werden durch die Produktivkräfte angetrieben. Dabei müssen Geld, Know-how und Arbeit zusammengeführt werden. Die herkömmliche Vorstellung, dass es sich bei den Produktivkräften nur um ein duales Verhältnis zwischen der Investitionskraft des Kapitals und der Arbeitskraft der Belegschaft handelt, greift im globalen Wettbewerb zu kurz. Denn es kommt heute im Wesentlichen auf das Wissen und Können des Managements an, wenn sich ein Unternehmen in den umkämpften, dynamischen Märkten behaupten will. Dieser Faktor heißt Know-how. Er bildet eine Schnittmenge zwischen Kapital und Arbeit. Manager sind einerseits Mitarbeiter. Sie lassen sich aber in den seltensten Fällen von einer Gewerkschaft vertreten. Stattdessen handeln sie mit den Anteilseignern in der Regel leistungsbezogene Verträge aus, die ihnen einen Anteil an der Verzinsung des eingesetzten Kapitals garantieren. Deshalb sind sie wie ihre Geldgeber am Gewinn interessiert und können unter diesem Aspekt der Kapitaleseite zugeordnet werden.

Weil das Know-how in den globalen Märkten immer geschäftsentscheidender wird und sich dessen Träger immer mehr auf die Seite der Anteilseigner schlagen, steigen nicht nur die Managementgehälter immer mehr nach oben. Viel wichtiger ist es, dass der Kapitalfaktor gegenüber dem Arbeitsfaktor immer mehr an Einfluss gewinnt. Dieses Ungleichgewicht treibt auch die Schere zwischen Arm und Reich immer mehr auseinander. Es sorgt für Besitzverhältnisse, die zunehmend als ungerecht empfunden werden. Vor diesem Hintergrund ist das Teilen

eine Kompensationsstrategie gegen die destruktive Kraft des Kapitalismus. Es kann von den Unternehmen gezielt verfolgt werden.

┆ *Mit Teilen können Unternehmen die Ungerechtigkeiten
┆ des Kapitalismus kompensieren.*

Die Unternehmen sollten nicht auf Kapital verzichten, dessen Erträge jedoch auch sozial verwenden. Diese Vorstellung ist aber in der Öffentlichkeit nicht unumstritten. Denn es gibt viele Stimmen, die eine Umverteilung des gesamten Eigentums fordern. Damit wollen sie unser Wirtschaftssystem nach ideologischen Vorstellungen ändern.

Der Kampf der Ideologien

Der Profit entsteht aus den Geschäftsprozessen der Marktwirtschaft. Er ist ein Ergebnis des Tauschens. Die produzierten Waren oder die erbrachten Dienstleistungen tauschen ihre Besitzer. Die Geschäftstreibenden können dabei einen Mehrwert erzielen, der auch für das Teilen zur Verfügung steht. Daran ist die Frage nach der Gerechtigkeit gekoppelt. Warum müssen die Reichen noch reicher werden, bevor sie anfangen abzugeben? Wäre es nicht viel gerechter, wenn sie sich gleich von einem Teil ihres Eigentums trennen würden?

Über diese Fragen gibt es unterschiedliche ideologische Auffassungen. Sie bewegen sich zwischen den Vorstellungen von Kapitalismus, Sozialismus und Kommunismus. Dabei geht es vor allem um die Eigentumsverhältnisse an den Produktions-

mitteln. Die kapitalistische Auffassung besagt, dass das produktive Eigentum in privater Hand bleiben soll. Der sozialistische Ansatz billigt dem Individuum den Besitz an Produktionsmitteln zum Teil zu, übernimmt jedoch weitgehend den dadurch erzielten Gewinn. Seine Idee gewinnt umso mehr an Einfluss, je rücksichtsloser die kapitalistische Wirtschaft agiert. Im Kommunismus regelt der Staat die Eigentumsverhältnisse, der in der Regel aus einer Revolution hervorgegangen ist und als Diktatur von einer Partei beherrscht wird.

Es macht wenig Sinn, sich an dieser Stelle an dem Streit der Ideologien zu beteiligen. Es gilt nur zu begründen, warum es wenig zweckmäßig ist, das Teilen auf das gesamte Eigentum zu beziehen. Dafür gibt es zwei entscheidende Gründe. Der eine hat mit Erfahrung, der andere mit Hoffnung zu tun. Es liegen erstens keine positiven Erfahrungen vor, dass ein sozialistisches oder kommunistisches System für mehr Wohlstand gesorgt hätte als die kapitalistische Marktwirtschaft. Zwar konnten dadurch die sozialen Unterschiede ausgeglichen werden. Doch der Lebensstandard insgesamt hat sich auf diese Weise eher verschlechtert als verbessert. Hinzu kam, dass meistens eine neue Elite der Reichen entstanden war. Es handelte sich dabei um die regierende Kaste der Politfunktionäre, deren entscheidende Fähigkeit darin bestand, das System zu propagieren, zu legitimieren oder einfach nur auszubeuten. Zweitens gibt es berechtigte Hoffnung, dass der Kapitalismus das Problem des Ungleichgewichtes aus eigener Kraft löst, wenn er dafür entsprechende Spielräume zur Verfügung bekommt. Diese Hoffnung wurzelt in der hohen Flexibilität und Wandlungsfähigkeit dieses Systems. Der Kapitalismus ist kein

Zustand, sondern ein Prozess. Er hat uns bisher schon über diverse Krisen hinweggeholfen, sodass er auch die Spannungen zwischen Arm und Reich überwinden könnte. Dabei spielt das Teilen eine wichtige Rolle.

Der Kapitalismus ist ein System, in dem sich die Produktivkräfte ziemlich frei entfalten können. Er macht es möglich, dass aus einem Wert ein Mehrwert entsteht. Nicht jeder verfügt aber über ausreichende materielle Ressourcen, um sie in Waren oder Dienstleistungen zu verwandeln und anschließend auf dem Markt mit Gewinn zu veräußern. Dazu sind nur diejenigen in der Lage, die genügend Kapital haben. An dieser Stelle kommt das Teilen ins Spiel. Demnach könnten die Bedürftigen mit Kapital ausgestattet werden, um aus ihrer Armut herauszukommen. So dient das Teilen primär nicht dem Zweck, die Unterschiede zwischen Arm und Reich auszugleichen. Es soll vielmehr produktiv wirken. Diese Aufgabe muss zunehmend die Wirtschaft übernehmen. Denn die Umverteilungsprozesse des Staates allein sind offensichtlich nicht in der Lage, der zunehmenden Bedrohung durch ökonomische Ungleichgewichte nachhaltig entgegenzuwirken.

Fassen wir kurz zusammen. In unserer Gesellschaft stehen sich Ökonomie und Ethik als zwei konkurrierende Bewusstseinsformen gegenüber. Das ökonomische Kalküldenken verdrängt dabei die ethische Einstellung immer mehr an den Rand der Gesellschaft. Die Ethik gibt die soziale Verantwortung zunehmend an den Staat ab, der mit seinen Umverteilungsbemühungen das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich

jedoch kaum aufhalten kann. Deshalb sollten sich die Unternehmen, die am meisten von dem kapitalistischen Wirtschaftssystem profitieren, auf ihre ethische Verantwortung besinnen, indem sie einen Teil ihrer Gewinne in produktives soziales Engagement einsetzen. Sie sollten genauso selbstverständlich teilen, wie sie vorher getauscht haben.

| *Soziales Teilen sollte genauso selbstverständlich werden
wie ökonomisches Tauschen.*

Von dem Zustand, dass das Teilen in der Wirtschaft genauso selbstverständlich ist wie das Tauschen, sind wir noch weit entfernt. Das liegt an der mangelnden Einsicht in die Notwendigkeit. Wie lässt sich diese Einsicht fördern? Davon handelt das nächste Kapitel.